

NICHTERÖFFNUNGSBESCHLUSS

In dem schiedsgerichtlichen Verfahren
— Aktenzeichen LSG-BY-2022-01—

ein Verfahrensbevollmächtigter wurde nicht benannt,

— Antragsteller (AS), —

g e g e n

Bundesparteitag 2021.1 der Piratenpartei Deutschland
Pflugstr. 9a - 10115 Berlin
vorstand@piratenpartei.de

— Antragsgegner (AG), —

wird vom Antragstellenden Widerspruch

gegen die wiederholten Abstimmungen zur Entlastung des 14. Bundesvorstands der Piratenpartei Deutschland auf dem Bundesparteitag vom 08.05.2021 bis 29.05.2021 eingelegt und diese für nichtig zu erklären,

hat das Landesschiedsgericht Bayern der Piratenpartei Deutschland (LSG BY) auf seiner Sitzung am 12.02.2022 und anschließendem Umlaufbeschluss am 12.02.2022 durch den Vorsitzenden Richter am LSG BY im Verfahren Stefan Lorenz, dem Richter am LSG BY Thomas Knoblich, der Richterinnen am LSG BY Claudia Koller und dem Richter am LSG BY Günther Meyer,

beschlossen:

1. Das LSG BY ist nicht zuständig.
2. Das Verfahren erhält das Aktenzeichen **LSG-BY-2022-01**, welches bei jeglicher Kommunikation über die E-Mail Adresse **schiedsgericht@piratenpartei-bayern.de** in diesem Verfahren mit anzugeben ist.
3. Die beteiligten Richter sind nach § 10 Abs. 3 Satz 1 SGO i.V.m. dem Geschäftsverteilungsplan des LSG BY nach § 3 Abs. 2, Abs. 4 GvP als Berichterstatter **Stefan Lorenz** und als weitere Richter Thomas Knoblich, Claudia Koller und Günther Meyer.
4. Das Verfahren wird an das Bundesschiedsgericht (BSG) zurückverwiesen.

I. Sachverhalt

Am 29.01.2022 erreicht der Beschluss vom BSG mit dem Aktenzeichen BSG 10/2021 das Gericht. Der Tenor enthält folgende Punkte:

1. Die Berufung sowie der Antrag auf Wiedereinsetzung des Antragstellers werden verworfen.
2. Das Schiedsgericht der Länder ist handlungsfähig.
3. Das Verfahren SGdL 08/21 wird zu Entscheidung an das LSG Bayern verwiesen.

Der Begründung des Beschlusses ist zu entnehmen, dass das Verfahren ursprünglich am Schiedsgericht der Länder (SGdL) eingereicht wurde, welches dort unter dem Aktenzeichen SGdL 08/21 geführt wurde. Am 15.09.2021 wurde vom SGdL ein Urteil gefällt, gegen welches vom AS am 15.10.2021 Berufung eingelegt wurde.

Ebenfalls am 29.01.2022 erhält das Gericht vom BSG noch den ursprünglichen Antrag des AS vom 27.06.2021, welcher an das SGdL gestellt wurde.

Es wird beantragt,

die Wiederholungen der Abstimmungen zur Entlastung des 14. Bundesvorstands der Piratenpartei Deutschland auf dem Bundesparteitag vom 08.05.2021 bis 29.05.2021 für nichtig zu erklären.

II. Begründung

Das LSG BY ist erstinstanzlich nicht zuständig, § 6 Abs. 3 SGO.

1.

In Punkt "2. b Zu II" der aufgeführten Gründe im Beschluss BSG 10/2021 wird ausführlich dargelegt, warum das SGdL als handlungsunfähig anzusehen ist. Dem steht jedoch der Tenor in Punkt 2 entgegen, der gegenteilig feststellt "Das Schiedsgericht der Länder ist handlungsfähig.". Da für die Beurteilung der Zuständigkeit des LSG BY die Handlungsfähigkeit des SGdL entscheidend ist, dieses vom LSG BY aber nicht zu beurteilen ist, wird das BSG gebeten, die Konsistenz zwischen Tenor und Begründung herzustellen.

2.

Der AS hat seinen Antrag gemäß § 6 Abs. 3 SGO beim SGdL eingereicht, da der Antragsgegner ein Organ des Bundesverbandes ist und in solchen Fällen das SGdL erstinstanzlich zuständig ist. Da dem Gericht nicht bekannt ist, dass das SGdL handlungsunfähig ist, was durch den Beschluss BSG 10/2021 auch festgestellt wird, kann vom Gericht keine Zuständigkeit für den Antrag erkannt werden. Das Verfahren wird daher an das BSG zurückgegeben.

Thomas
Knoblich

Claudia
Koller

Stefan
Lorenz
Berichterstatter

Günter
Meyer